

Hoffen auf die Wende

Simbabwe im Wahljahr: Mehr Stabilität oder neue Gewalt?

Selbstbewusst steht Jameson auf und ergreift das ihm hingehaltene Mikrofon: »Wir rufen alle Verantwortlichen auf, sich für Frieden und Stabilität in Simbabwe einzusetzen. Die nächsten Wahlen in unserem Land müssen ohne Gewalt ablaufen.« Der 17-Jährige ist einer von mehr als 200 Abgeordneten im simbabwischen »Kinderparlament«, das sich jedes Jahr neu konstituiert. Die erste Sitzung in der Hauptstadt Harare ist stets ein feierliches Zeremoniell, das im Detail den Abläufen der »erwachsenen« Volksvertretung folgt und den Jung-Parlamentariern aus allen Bezirken des Landes Raum gibt, ihre Anliegen vorzutragen. Jameson und seine Mitabgeordneten haben diesmal die politisch prominentesten Zuhörer, die es geben kann: Simbabwes Präsident Robert Mugabe ist bei der Eröffnung ebenso anwesend wie Ministerpräsident Morgan Tsvangirai und weitere hochrangige Regierungsvertreter. Stets steht die Verwirklichung von Kinderrechten im Mittelpunkt, doch Jameson nutzt die Gelegenheit, in seinem Beitrag auch seine Sorge über Konflikte und Gewalt zum Ausdruck zu bringen.

Seit klar ist, dass in Simbabwe die Zeichen auf Neuwahlen stehen, wächst auch die Anspannung im Land. Zu präsent sind noch die brutalen Einschüchterungsversuche von möglichen Anhängern und Wählern der damaligen Oppositionspartei Movement for Democratic Change (MDC) im Vorfeld der Wahlen von 2008. Viele starben damals,



wurden zusammengeschlagen, willkürlich inhaftiert oder gefoltert. Hinter den massiven Menschenrechtsverletzungen standen vor allem Unterstützergruppen der Regierungspartei ZANU-PF unter Robert Mugabe: Paramilitärs, zum Teil noch jugendliche Schlägertrupps, aber auch Mitglieder der Polizei und Sicherheitskräfte. Am Ende der

von Manipulationen geprägten Wahlkämpfe und Auszählungen stand schließlich eine »Regierung der nationalen Einheit« unter einem Premierminister Morgan Tsvangirai und einem Staatspräsidenten Robert Mugabe, der bereits seit 1980 dieses Amt innehat und nun, mit 89 Jahren, erneut kandidieren wird.

Zwar vertreten die politischen Protagonisten dieser Regierung in vielen Bereichen keineswegs eine einheitliche Auffassung. Dennoch hat die unter Vermittlung der südafrikanischen Staatengemeinschaft SADC zustande gekommene Kompromisslösung erst einmal für mehr Stabilität gesorgt und vor allem den freien Fall der Wirtschaft mit einer kaum noch darstellbaren Inflationsrate gestoppt. In diesem Jahr kommt die Amtszeit

der Einheitsregierung zu ihrem vereinbarten Ende – doch wichtige Hausaufgaben wurden nicht erledigt: Das 2008 geschlossene politische Abkommen (General Political Agreement) nennt allem voran eine neue Verfassung für Simbabwe als Voraussetzung für Wahlen, außerdem eine Reform des Wahlrechts und des Sicherheitsapparates.

Die Ausarbeitung einer neuen Verfassung hat die Diskussionen in Simbabwe im vergangenen Jahr dominiert. Immer wieder gab es politisch motivierte Verzögerungen und Änderungswünsche insbesondere aus dem Mugabe-Lager, lange konnte man sich nicht auf die letzten Schritte im Verfahren einigen. Über den nun vorliegenden Entwurf, in dem sich der Präsident insbesondere in strittigen Machtfragen letztlich durchgesetzt hat, soll demnächst das Volk in einem Referendum abstimmen. Dann wird auch das Datum für Neuwahlen verkündet.

Viele sind besorgt

Das andauernde politische Gerangel, innerparteiliche Machtkämpfe bei ZANU-PF und MDC-Fraktionen sowie die Stagnation beim Wiederaufbau Simbabwes mit seinen immensen sozialen Problemen – dies alles verbindet sich zu sehr unterschiedlichen Haltungen bei den Menschen, wenn sie an einen



Urnengang und die Zukunft ihres Landes denken: »Viele sind besorgt, sie denken, es braucht mehr Zeit, um Wahlen vorzubereiten, oder sie haben Angst vor neuer Gewalt«, beschreibt terre des hommes-Länderkoordinator Fungai Dewere die Stimmung. In der Tat haben Übergriffe gegen Mitglieder zivilgesellschaftlicher Organisationen oder MDC-Anhänger zugenommen, insbesondere seit über den Zeitpunkt von Neuwahlen offen diskutiert wird.

»Andere wiederum wollen endlich klare Verhältnisse und hoffen, dass sich dann etwas bewegt im Land«, ergänzt Fungai Dewere. Aber natürlich hätten viele Menschen auch einfach resigniert und jede Hoffnung auf Verbesserung ihrer Situation verloren.

Wie das Leben aussehen kann, zeigt das Beispiel von Familien in Mashonaland West, eine der nördlichen Provinzen des Landes: Seit Jahren ist die Wasserversorgung fast vollständig zusammengebrochen, selbst gegrabene Brunnen sollen zumindest den Minimalbedarf sichern. Verursacht durch schlechtes Trinkwasser brach vor zwei Jahren Cholera aus und hat viele Menschenleben gefordert. Zahlreiche Kinder können nicht mehr zur Schule gehen, weil dafür das Geld fehlt, existierende Schulen sind in zum Teil erbärmlichem Zustand. Mehr als 80 Prozent der Menschen etwa in Chegutu haben keine Arbeit – und alle Versuche, eine lokale Textilfabrik, einst Hauptarbeitgeber, wieder in Betrieb zu nehmen, sind bislang gescheitert. Dass die Frau, die dies schildert, anonym bleiben möchte, ist Indiz

für die auch hier vorherrschende Angst, seine Meinung frei zu äußern: »Viele Parteifunktionäre vor Ort sorgen sich derzeit um ihr politisches Überleben, man versucht, die Bevölkerung durch *Wahlgeschenke* auf die eigene Seite zu ziehen«, ergänzt die Simbabwerin aus Mashonaland.

Die Armut besonders in ländlichen Gebieten wird noch verstärkt durch wetterbedingt schlechte Ernten, so dass nach Schätzungen der UN rund 1,6 Millionen Simbabwer im ersten Quartal dieses Jahres auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen sein werden. Noch gibt es zwei Laibe Brot für einen US-Dollar zu kaufen – doch selbst diese Summe können viele kaum aufbringen.

Simbabwe steht vor einem entscheidenden Jahr. Wirtschaftliche Fortschritte sowie eine neue Verfassung mit anschließend freien und fairen Neuwahlen sind Voraussetzung dafür, das Blatt zugunsten der Menschen in der einstigen »Kornkammer Afrikas« zu wenden und ihnen wieder eine Perspektive zu geben. Dem Kinderparlament werden die Anliegen noch lange nicht ausgehen. Aber vielleicht gehört wenigstens die Sorge vor politisch motivierter Gewalt demnächst nicht mehr dazu.

Claudia Berker